

Plenarsitzung

8. August 2019, 16.00 Uhr

Vorsitz: Vizepräsident André Mücke

Tagesordnung

- 1. Genehmigung der Tagesordnung**
- 2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 4. Juli 2019**
- 3. Beschluss über den Jahresabschluss 2018**
- 4. Berichte**
 - a) Berichte des Präsidiums**
 - b) Bericht des stellv. Hauptgeschäftsführers**
 - c) Aktuelles aus der Mitte des Plenums**
 - d) Berichte aus den Ausschüssen**
- 5. Bericht zur Einführung des Azubi-Ausweises**
- 6. Gremienangelegenheiten**
 - a) Ersatzwahl der Vorsitzenden des Ausschusses für Digitale Wirtschaft und des Ausschusses für Steuer- und Finanzpolitik**
 - b) Nachbesetzung der Ausschüsse**
 - c) Ersatzwahlen für die ehrenamtlichen Bezirksbeauftragten Hamburg-Nord und Wandsbek**
- 7. Beschlüsse über die Anträge von Herrn Holstein**
 - Service mit Augenmaß**
 - Verbesserung von unten**
 - Ausschussvorsitzenden Gehör verschaffen**

8. Beschluss über das Positionspapier – Herausforderungen der Digitalisierung

9. Beschluss über die Positionierung zur ePrivacy-Verordnung

10. Beschluss über das Eckpunktepapier zur Tiefen-Geothermie

11. Beschluss über das Eckpunktepapier Belt and Road Initiative

12. Beschlüsse über Anträge

a) „Sparsamkeit – Transparenz und Fairness“ von Herrn Thies

b) „Was ist uns Unternehmen ein ökologisches, nachhaltiges Hamburg wert“
der Herren Brauer und Montzka

c) „Keine personellen Veränderungen“ der Herren Brauer,...

d) „Fortführung der Diskussion HGF-Degen“ von Herrn Holstein

13. Verschiedenes

Anwesend:

Frau Vizepräsidentin Rickwardt, Herren Vizepräsidenten Mücke und Elmendorf;

Frau Arova, Herr Asmus, Herr Bartmann, Frau Beckmann, Herren Brauer, Duphorn, Dürre, Ederhof, Gehrckens, Goetz, Frau Harbs, Herren Heimsoth, Hocquél, Holstein, Koopmann, Kranz, Kuhlmann, Dominik Lorenzen, Lorenz-Meyer, Frau Nissen-Schmidt, Herren Perleberg, Pfeiffer, Pohle, Räber, Reinecke, Frau Schoras, Herren Selent, Siebold, Sträßner, Tasbilek, Dr. Teichert, Wandrey;

Dauerhafte Gäste im Plenum:

Herr Enkerts, Herr van der Schalk;

Aus dem Hauptamt:

Herren Grams, Herr Aßmann, Herr Dickmann, Frau Gonnermann, Frau Johannigmann, Herren Kornella, Laue, Frau Lurtz-Herting, Herr Siebrand, Frau Thormann, Herr Ulrich;

Herren Alexy, Anders, Funke, Halfmann, Dr. Henze, Frau Dr. Hillger, Herren Dr. Kuckartz, Mansutti, Frau Dr. Ölschläger, Frau Petersen (Protokoll), Frau Samuels, Frau Schmidt, Herr Schote, Frau Wilhus;

Gäste:

Herr Averdung, Frau Dr. Freiheit, Herren Dr. Hübscher, Kratel, Frau Nehrenberg;

Entschuldigt fehlen:

Frau Albertsen, Herren Dr. Behrens, Dr. Brüggelstrat, Costur, Ebert, Enke, Falk, Fischer, Dr. Gent, Frau Griefhahn, Frau Gül Canbolat, Herren Hanneforth, Hellwig, Holler, Jakovlev, Jensen, Killinger, Korff, Kröger, Lintzen, Daniel Lorenzen, Dr. Mecke, Frau Meier, Frau Mohr-Rothe, Herr Montzka, Frau Nack-Warenycia, Frau Odebrecht, Herren Pirck, Platz, Prinz, Frau Rohwedder, Herren Schmelzer, Thies, Dr. Vogelsang, Frau Wendt-Heinrich, Herren Wendt-Reese, Wöhlke.

Zu Beginn der Sitzung befinden sich 35 Abstimmungsberechtigte im Plenarsaal.

Herr Vizepräsident Mücke begrüßt die Anwesenden und die Gäste.

Er bittet die Anwesenden sich von Ihren Sitzplätzen zu erheben, um dem am 3. August 2019 verstorbenen ehemaligen Verwaltungsdirektor der Handelskammer Hamburg, Herrn Albert Sternberg, mit einem Moment der Stille zu gedenken.

[es folgt eine Gedenkminute]

Herr Vizepräsident Mücke informiert das Plenum über das neue Abstimmungssystem. Es gebe fortan einen „neutralen“ Abstimmungsmodus, bei dem man nicht sehen könne, wer wie abgestimmt habe. Man könne nur erkennen, wer abgestimmt habe und wie das Gesamtabstimmungsergebnis aussehe.

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Herr Lorenz-Meyer beantragt, TOP 11 vor TOP 4b vorzuziehen, um die Beschlussfassung in der heutigen Sitzung zu gewährleisten.

Das Plenum stimmt dem Antrag von Herrn Lorenz-Meyer, den TOP 11 der Tagesordnung vor TOP 4b zu ziehen, mit 27 Ja-Stimmen und 1 Gegenstimme bei 7 Enthaltungen zu.

Herr Räber beantragt, TOP 12d von der Tagesordnung zu streichen. Es solle im Plenum ausschließlich um Sachthemen gehen und nicht um zurückliegende Interna. Frau Degen könne sich zu den Vorwürfen zudem nicht mehr äußern.

Das Plenum lehnt den Antrag von Herrn Räber, den TOP 12d der Tagesordnung zu streichen, mit 15 Nein-Stimmen bei 14 Gegenstimmen (Ja-Stimmen) und 5 Enthaltungen ab.

Herr Dürre beantragt, die Tagesordnung beizubehalten. Sollte ein Tagesordnungspunkt vor TOP 10 gezogen werden, müsse er darauf bestehen, dass auch der TOP 10 aufgrund von Fristabläufen zum 18. September vorgezogen werde.

Herr Vizepräsident Mücke spricht sich dafür aus, die zeitkritischen Tagesordnungspunkte 9, 10 und 11 möglichst zügig zu behandeln und schlägt Herrn Dürre vor, ebenfalls einen Antrag zu stellen.

Herr Dürre beantragt, TOP 10 auch auf TOP 4b vorzuziehen.

Das Plenum stimmt dem Antrag von Herrn Dürre, TOP 10 der Tagesordnung auf TOP 4b, aber vor ehemals TOP 11, vorzuziehen, mit 23 Ja-Stimmen und 3 Gegenstimmen bei 7 Enthaltungen zu.

Herr Elmendorf hält die Vorgehensweise, Tagesordnungspunkte zu streichen, generell für fragwürdig. Dies widerspräche dem Demokratieverständnis. Das Recht jedes Plenarmitglieds auf einen Antrag würde dadurch ausgehebelt werden. Herr Mücke erklärt, die Vorgehensweise sei die eindeutige Einschätzung sowohl des Hauptamtes, als auch der Rechtsaufsicht. Sofern es um Personalthemen gehe, sei das Streichen von Tagesordnungspunkten zulässig. Gehe es hingegen um sachpolitische Themen mit einem Gesamtinteressenbezug, sei das Streichen von Tagesordnungspunkten unzulässig.

Herr Holstein beantragt, TOP 3 auf die September-Sitzung des Plenums zu verschieben.

Herr Vizepräsident Mücke stellt die Frage an die Rechtsabteilung, ob der Antrag vor dem Hintergrund, dass es sich bei TOP 3 um ein Haushaltsthema handle, zulässig sei. Herr Laue bestätigt, dass der TOP 3 auf einen entsprechenden Mehrheitsbeschluss des Plenums hin verschoben werden könne.

Herr Dr. Teichert erachtet es als unglücklich, ein derart wichtiges Thema wie den Jahresabschluss in einer Sommerpausensitzung zu behandeln.

Das Plenum lehnt den Antrag von Herrn Holstein, TOP 3 auf die September-Sitzung des Plenums zu verschieben, mit 17 Nein-Stimmen bei 14 Gegenstimmen (Ja-Stimmen) und 4 Enthaltungen ab.

TOP 2: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 4. Juli 2019

Herr Perleberg bringt zum Ausdruck, dass ein schnelles Schließen der Rednerliste, wie es zurzeit gelebt werde, teilweise unglücklich sei. Insbesondere beziehe er dies auf die geführte Diskussion über den Hamburg Summit. Bei wichtigen Themen solle nicht immer nur auf die Uhr geschaut werden. Herr Vizepräsident Mücke erklärt, dass es in der Tagesordnung Minutenangaben zu den einzelnen Tagesordnungspunkten gebe. Der Hinweis werde jedoch sehr ernst genommen und es werde versucht, die Kritik ab der nächsten Sitzung umzusetzen. Aufgrund der Vielzahl von Anträgen könne eine ausreichende Redezeit jedoch nicht immer gewährleistet werden.

Das Plenum genehmigt das Protokoll der Plenarsitzung vom 4. Juli 2019 ohne Gegenstimmen.

TOP 3: Beschluss über den Jahresabschluss 2018

Herr Vizepräsident Mücke erläutert, dass der Beschluss über den Jahresabschluss 2018 die folgenden vier Einzelbeschlüsse beinhalte:

1. Beschluss zur Genehmigung der Mehraufwendungen in der Erfolgsrechnung
2. Beschluss zur Feststellung des Jahresabschlusses
3. Beschluss über die Entlastung von Präsidium und Hauptgeschäftsführerin
4. Beschluss über die Ergebnisverwendung

Er übergibt sodann das Wort an die Herren Dr. Teichert und Kornella.

Herr Dr. Teichert weist einleitend darauf hin, dass es sich vorliegend nicht um einen Konzernabschluss handle. Er wünsche dahingehend eine Änderung für die Zukunft. Ein Konzernabschluss würde mehr Auskunft über die wirtschaftliche Gesamtlage der Kammer geben. Herr Dr. Teichert teilt zum Jahresabschluss 2018 mit, dass die Betriebserträge mit 51,4 Mio. € leicht unter Plan gelegen hätten. Hierbei sei die bekannte Beitragserstattung von 20 Mio. € aufgrund des Ausweises im außerordentlichen Ergebnis aus der Betrachtung ausgeblendet. Die Betriebsaufwendungen seien von 49,3 Mio. € in 2017 auf nunmehr 46,4 Mio. € gesunken. Dies sei ein toller Erfolg für die Handelskammer Hamburg. Die Personalkosten lägen bei 22,3 Mio. €. Im Vorjahr seien es 22,4 Mio. € gewesen. In den 22,3 Mio. € seien 1,9 Mio. € für Abfindungen und Freistellungen enthalten. Die Mitarbeiteräquivalente seien von 265 im Vorjahr auf 254 und die Zahl der Köpfe von 289 auf 279 gesunken. Insgesamt ergebe sich ein Betriebsergebnis von 5 Mio. €, welches 7,3 Mio. € unter dem des Jahres 2017 und 1,4 Mio. € - ohne Berücksichtigung der Beitragserstattung - unter Plan läge. Herr Dr. Teichert

weist darauf hin, dass die Planungen der Handelskammer Hamburg auf dem letzten Plenumsbeschluss, der für 2023 eine Beitragshöhe von 35 Mio. € vorsehe, basieren würden. Nachdem nun bekannt sei, dass die Pflichtbeiträge nicht abgeschafft werden könnten, werde es nun darauf ankommen die Diskussion über die Modernisierung der Kammer mit einem echten Zielbild voranzutreiben. Bei den beschlossenen 35 Mio. € könne es sich nur um eine Zwischenzahl handeln. Es bedürfe zunächst einer intensiven Diskussion über echte Inhalte, bevor eine konkrete Zahl bekannt gegeben werden könne.

Herr Kornella stellt den Jahresabschluss für das Jahr 2018 anhand der als **Anlage 1** beigefügten Präsentation vor. Er teilt einleitend mit, dass die Handelskammer Hamburg den Jahresabschluss erstmals von Ebner&Stolz habe prüfen lassen. Die relevanteste Information des gesamten Vortrags sei, dass die Kammer einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erhalten habe. Zudem sei bescheinigt worden, dass der Wirtschaftsplan ordnungsgemäß aufgestellt und vollzogen worden sei und die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit eingehalten worden seien. Darüber hinaus sei auch die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung geprüft und ohne Beanstandungen bescheinigt worden. Sowohl der Ausschuss für Inneres, als auch das Präsidium habe sich mit dem Jahresabschluss 2018 befasst und die heute zu fassenden Beschlüsse befürwortet. Herr Kornella erläutert ferner Bilanz, Erfolgsrechnung sowie Ergebnisverwendung bzw. Rücklagenentwicklung. Er weist zudem auf das Genehmigungserfordernis des Plenums aufgrund der errechneten Mehraufwendungen von 1,4 Mio. € hin.

Herr Kornella liest im Anschluss an seine Präsentation die folgenden vier Beschlussvorschläge vor:

1. Das Plenum genehmigt den Mehraufwand von 1.354.032 €.
2. Das Plenum stellt den Jahresabschluss 2018 mit einer Bilanzsumme von 124.923.521,84 €, einem Jahresergebnis von -22.574.078,37 €, einem Ergebnisvortrag von 0,00 €, einer Rücklagenveränderung von 20.818.964,78 € und einem Ergebnis von -1.755.113,59 € fest.
3. Das Plenum erteilt dem Präsidium und der Hauptgeschäftsführerin die Entlastung für das Jahr 2018.
4. Da das Jahresergebnis in Höhe von -22,6 Mio. € mit Rücklagenentnahmen von 20,8 Mio. € verrechnet wird, ergibt sich ein negatives Ergebnis in Höhe von -1,8 Mio. €. Dieses negative Ergebnis soll in voller Höhe auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Herr Kornella übergibt das Wort an die ehrenamtlichen Rechnungsprüfer Frau Dr. Freiheit und Herr Dr. Hübscher.

Frau Dr. Freiheit stellt anhand der als **Anlage 1** beigefügten Präsentation die ersten zwei Schwerpunkte der Rechnungsprüfung 2018, „Verbuchung und Darstellung der Beitragsrückerstattung in der Ergebnisrechnung und in der Bilanz“ sowie „Prozessrisiken und Rückstellung für Prozesskosten“, vor. Herr Dr. Hübscher stellt den dritten Schwerpunkt, „Bereinigte Darstellung der Ergebnislage der Handelskammer Hamburg“, anhand der als **Anlage 1** beigefügten Präsentation vor. Abschließend empfiehlt Herr Dr. Hübscher dem Plenum im Namen der ehrenamtlichen Rechnungsprüfer, den Abschluss in der vorgelegten Form festzustellen und dem Präsidium und der Hauptgeschäftsführung für das Jahr 2018 Entlastung zu erteilen.

Herr Perleberg bezieht sich auf den abgelehnten Antrag von Herrn Holstein und bemängelt, dass das Papier zum Jahresabschluss 2018 den Plenarmitgliedern erst eine Woche vor der Sitzung übermittelt worden sei, obwohl es dem Innenausschuss bereits seit Juni 2019 vorgelegen habe. Es möge in der Zukunft darauf geachtet werden, derart umfangreiche Unterlagen frühzeitig zu versenden. Herr Mücke teilt mit, dass man den Hinweis aufnehme.

Frau Nissen-Schmidt weist darauf hin, dass von den angemerkten Einsparungen der betrieblichen Aufwendungen von rd. 3 Mio. EUR ein Teilbetrag von ca. 2 Mio. EUR auf die Einmalzahlung an die HSBA im Vorjahr entfielen, so dass die angestrebten Sparbemühungen leider nicht so ins Gewicht fallen würden. Aufgrund des deutlich reduzierten Eigenkapitals sei die Risikobewertung von besonderem Interesse, woraus sich mehrere Fragen ergäben. Sie bitte um Auskunft darüber, ob das Darlehen an das HWWI zurückgezahlt worden sei und wenn nicht, in welcher Art und Weise die Rückzahlung vorgesehen sei. Sie möchte dabei wissen, ob es sich um eine langfristige Finanzanlage oder um einen verdeckten Zuschuss handele. Herr Kornella erklärt, dass das Darlehen vom HWWI noch nicht zurückgezahlt worden sei. Das Darlehen sei Anfang des Jahres 2018 durch Präsidiumsbeschluss mit einer festen Laufzeit von zunächst einem Jahr initiiert worden. Er sieht die Darlehensgewährung nicht als Zuschuss an, da die Zahlung von Zinsen mit dem HWWI vereinbart worden sei. Das Darlehen könne nunmehr mit Wahrung einer Quartalsfrist zurückgefordert werden. Das weitere Vorgehen hinsichtlich des HWWI sei für das 3. Quartal dieses Jahres vorgesehen. Frau Nissen-Schmidt macht darauf aufmerksam, dass die Verkehrswerte zum 31.12.2018 bei 1,5 Mio. € unter den Buchwerten lägen. Dies resultiere wohl aus der schwierigen Kapitalmarktlage zu diesem Zeitpunkt. Insbesondere vor diesem Hintergrund sei es ratsam, Rücklagen zu bilden. Sie bittet um Auskunft darüber, ob zwischenzeitlich eine Werterholung eingetreten sei. Herr Kornella teilt hierzu mit, dass die Handelskammer Hamburg bereits im Jahresabschluss eine entsprechende Wertanpassung vorgenommen habe und das meiste zwischenzeitlich durch Werterholungen kompensiert sein sollte. Weiter erkundigt sich Frau Nissen-Schmidt nach der Rückstellung für Rechtsstreitigkeiten im Jahr 2018 in Höhe von 105.000 €. Sie gehe davon aus, dass die Rückstellung auf der Erwartung, dass Rechtsstreitigkeiten ausschließlich zugunsten der Handelskammer gelöst werden, basiere. Ein Risiko würde aufgrund der Rechtsstreitigkeiten im Rahmen der Altersversorgung weiter bestehen. Frau Nissen-Schmidt bittet um Auskunft darüber, wie hoch die Kosten für die Gerichtsverfahren im Jahre 2018 gewesen seien. Herr Kornella teilt hierzu mit, dass für Rechtsanwälte insgesamt 364.000 € ausgegeben worden seien. Es blieben dann ca. 260.000 €. Davon müssten rd. 50 % durch Gerichtsverfahren tangiert worden sein. Dies würde jedoch noch einmal überprüft und konkret nachgeliefert werden. Weiter weist Frau Nissen-Schmidt auf die Risiken potentieller Schwankungen in Bezug auf das Beitragsaufkommen hin. Im Jahre 2018 habe es unplanmäßig einen Verlust gegeben, der nicht durch Rücklagen gedeckt werden könne. Es wäre für solche Vorkommnisse wichtig, eine Ausgleichsrücklage zu haben. Diese sei jedoch im Jahre 2018 gänzlich für Beitragsrückerstattungen aufgelöst worden. Das Bilden einer Ausgleichsrücklage sei jedoch gemäß Finanzstatut verpflichtend und auch für Notfälle wichtig. Frau Nissen-Schmidt fragt zum einen, wie hoch die Ausgleichsrücklage zum 31. Dezember 2018 gewesen sein müsste und zum anderen, was der Grund dafür gewesen sei, Zweckerücklagen stehen zu lassen obwohl keine Ausgleichsrücklage gebildet worden sei. Herr Kornella erklärt hierzu, dass das Urteil des Oberverwaltungsgerichtes diverse Schranken für die Handelskammer aufgegeben hätte, was die Rücklagenbildung angehe. Richtig sei, dass die Ausgleichsrücklage grundsätzlich eine Pflichtrücklage sei, jedoch sei sie auch dazu da, in einer Notlage Mittel bereitzustellen. Herr Kornella teilt zudem mit, dass es seinerzeit bereits zweimal vorgekommen sei, dass die Rücklage aufgrund einer solchen Notlage aufgelöst worden

sei, zuletzt durch die Beitragsrückerstattung in 2018. Aufgrund der Berechnung des DIHK Risikotools wäre eine Ausgleichrücklage in 2018 in Höhe von bis zu 5,6 Mio. EUR möglich gewesen. Über die konkrete Berücksichtigung von einzelnen Risiken werde im Innenausschuss beraten. Es sei vorgesehen, dass die Ausgleichrücklage im Jahr 2019 wieder mit 1 Mio. € gefüllt werde. Der Innenausschuss habe bewusst keine weiteren Rücklagen abschmelzen wollen, um den Fehlbetrag zu kompensieren.

Herr Duphorn erkundigt sich nach den Hintergründen der Kosten in Höhe von 240.000 € für Hamburg Marketing. Herr Kornella erläutert, dass es sich dabei um eine Zuwendung an die Hamburg Marketing GmbH handele. Herr Siebrand ergänzt, dass dieser Kostenpunkt auf einer Vereinbarung mit der Stadt aus dem Jahre 2004 beruhe. Der Beitrag sei bisweilen stabil geblieben.

Herr Holstein bittet um Erläuterung der Kosten für die Vermögensverwaltung in Höhe von 423.000 €. Herr Kornella erklärt, dass es sich hierbei um „all in fees“ handele. Es sei, gemessen am Anlagevolumen in Höhe von 60 Mio. €, ein sehr marktüblicher Wert. Alle drei Jahre werde diese Vermögensverwaltung neu ausgeschrieben. [Anmerkung des Protokollanten: Die von Herr Holstein zitierte Zahl stellt nicht die Kosten der Vermögensverwaltung dar, sondern die Verluste aus dem Abgang von Wertpapieren. Die Kosten der Vermögensverwaltung lagen in 2018 bei rd. 180 T€.]

Im Folgenden eröffnet Herr Vizepräsident Mücke die Abstimmung über die vier Einzelbeschlüsse in Bezug auf den Jahresabschluss 2018.

Das Plenum beschließt die Genehmigung der Mehraufwendungen in der Erfolgsrechnung gemäß Beschlussvorschlag mit 34 Ja-Stimmen, keiner Gegenstimme und 1 Enthaltung.

Das Plenum beschließt die Feststellung des Jahresabschlusses gemäß Beschlussvorschlag mit 33 Ja-Stimmen, keiner Gegenstimme und 2 Enthaltungen.

Das Plenum beschließt die Entlastung von Präsidium und Hauptgeschäftsführerin gemäß Beschlussvorschlag mit 25 Ja-Stimmen, keiner Gegenstimme und 6 Enthaltungen.

Das Plenum beschließt die Ergebnisverwendung gemäß Beschlussvorschlag mit 27 Ja-Stimmen, keiner Gegenstimme und 4 Enthaltungen.

Herr Vizepräsident Mücke teilt abschließend mit, dass in Zukunft versucht werde, umfangreiche Dokumentationen möglichst frühzeitig zu versenden. Weiter bittet er die Mitglieder des Plenums, umfangreiche Fragen zu bestimmten Tagesordnungspunkten im Vorfeld zu übermitteln.

TOP 4a: Berichte des Präsidiums

Herr Vizepräsident Mücke bezieht sich auf die Ersatzwahl eines Vizepräsidenten in der Plenarsitzung vom 4. Juli 2019. Da dort keiner der beiden Kandidaten die erforderliche Mehrheit erreicht habe, sei ein Vizepräsidenten-Amt weiter unbesetzt. Er teilt mit, dass das Präsidium von sich aus keine neue Wahl ansetzen werde. Ungeachtet dessen stehe es jedem Plenarmitglied frei, sich für die Wahl zum Vizepräsidenten bis spätestens drei Wochen vor der jeweils nächsten Plenarsitzung aufzustellen. Das Präsidium werde alle fristgemäß vorliegenden Wahlvorschläge berücksichtigen. Sollte sich demnach bis zum 14. August 2019, 24 Uhr,

mindestens ein Kandidat melden, werde in der Plenarsitzung am 5. September 2019 eine Vizepräses-Wahl stattfinden.

Herr Dr. Teichert hält das Vorgehen unter Demokratiegesichtspunkten für bedenklich. Er erachte es als notwendig, dass ein neuer Vizepräses gewählt werde und ruft die Mitglieder des Plenums zu einer Kandidatur auf. Herr Vizepräses Mücke teilt mit, dass das Vorgehen mit der Rechtsabteilung abgestimmt worden sei.

Herr Vizepräses Mücke berichtet, dass am 20. August das Programm „Digitalscouts“ in der Handelskammer Hamburg starten werde. Die Initiative „Digitalscouts“ nutze das Interesse der Jugendlichen an Digitalisierung, um die duale Ausbildung im Betrieb attraktiver zu gestalten und zugleich für das Unternehmen einen Nutzen zu gewinnen. Jeweils mindestens zwei Azubis aus einem Unternehmen fänden im Rahmen eines Projekts heraus, wo im Betrieb Potenzial für Digitalisierung stecke. Die beste Idee würden die Azubis mit dem Okay der Geschäftsführung umsetzen. Die Azubiprojekte würden am Ende ausgezeichnet. Die Teilnahme am Programm sei für die Betriebe kostenlos. Am 20. August seien alle auszubildenden Unternehmen in Hamburg zu einer Infoveranstaltung eingeladen. Am 12. September starte das Programm mit einem Workshop.

TOP 10: Beschluss über das Eckpunktepapier zur Tiefen-Geothermie

Herr Vizepräses Mücke erteilt Herrn Dürre das Wort.

Herr Dürre erläutert kurz den bisherigen Verfahrensverlauf des Projekts und übergibt sodann das Wort an Herrn Averdung.

Herr Averdung stellt anhand der als **Anlage 2** beigefügten Präsentation das Eckpunktepapier zur Tiefen-Geothermie vor. Er berichtet einleitend, dass es ein großes ungenutztes Potenzial an Tiefen-Geothermie gebe. Es sei eine Arbeitsgruppe gegründet worden, um die Tiefen-Geothermie auch für Hamburg nutzbar zu machen. Daraufhin sei ein entsprechendes Eckpunktepapier erstellt worden, an dem intensiv gearbeitet worden sei. Es ginge darum, den Wirtschaftsstandort Hamburg fit für das Thema zu machen. Der Strukturwandel stünde an und die Geothermie könne einen großen Beitrag dazu leisten.

Herr Perleberg teilt mit, dass er das Thema faszinierend fände und dieses auch schon seit längerem verfolge. Es würde in diesem Zusammenhang vermehrt die Häufung von Mikro- und Minibeben dargestellt werden. Er fragt, ob es dazu schon weitere Erkenntnisse sowie Fortschritte in der Forschung gebe. Herr Dürre und Herr Averdung erklären, dass grundsätzlich keine Erschütterungen zu erwarten seien.

Frau Nissen-Schmidt spricht sich ebenfalls für das Projekt aus und weist darauf hin, dass es aktuell noch an einem einheitlichen politischen Willen fehle, dieses Projekt umzusetzen und zu bezahlen. Mit der heutigen Beschlussfassung würde ein wichtiger Impuls gesetzt werden. Herr Averdung stimmt dem zu.

Das Plenum beschließt das Eckpunktepapier zur Tiefen-Geothermie entsprechend der Beschlussvorlage einstimmig mit 35 Ja-Stimmen, keiner Gegenstimme und keiner Enthaltung.

TOP 11: Beschluss über das Eckpunktepapier Belt and Road Initiative

Herr Vizepräsident Mücke übergibt das Wort an Herrn Lorenz-Meyer.

Herr Lorenz-Meyer teilt einleitend mit, dass es sich bei dem Eckpunktepapier Belt and Road Initiative um den zweiten Meilenstein der Projektgruppe „Neue Seidenstraße“ handle. Es sei zunächst ein umfangreiches Factsheet erstellt worden und vom Plenum eine Sprachregelung zu diesem Thema in der November-Sitzung des Plenums letzten Jahres bereits beschlossen worden. Er stellt die wesentlichen Inhalte des Eckpunktepapiers Belt and Road Initiative anhand der als **Anlage 3** beigefügten Präsentation vor. Er dankt der Projektgruppe und insbesondere Frau Dr. Hilger.

Frau Arova hält es zwar für notwendig, dass man auf China zugehen müsse, um nicht abgehängt zu werden. Sie gibt jedoch auch zu bedenken, dass dadurch ein Abhängigkeitsverhältnis entstünde. Dies sei gefährlich, da die Wirtschaft von China nicht unbedingt stabil sei.

Das Plenum beschließt das Eckpunktepapier zur Belt and Road Initiative entsprechend der Beschlussvorlage mit 29 Ja-Stimmen, 3 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen.

TOP 4b: Bericht des stellv. Hauptgeschäftsführers

Herr Grams berichtet zunächst über den Konjunkturbericht der Handelskammer Hamburg. Die Stimmung in der Hamburger Wirtschaft falle im Sommer 2019 verhaltener aus als in der ersten Jahreshälfte. Er spreche das Thema insbesondere an, um den teilnehmenden Unternehmen den Dank für ihre Teilnahme an der Befragung auszusprechen und um weitere Betriebe zu ermuntern, sich auch für die quartalsweisen Umfragen zum Konjunkturbarometer zur Verfügung zu stellen.

Herr Grams berichtet weiter über den aktuellen Sachstand zum Thema Personalplanung. Die Ausgangslage sei, dass in der Handelskammer Hamburg derzeit mit einem Personalstellenplan aus dem Jahr 2015 gearbeitet werde. Dieser beinhalte 309 Vollzeitmitarbeiteräquivalente. Derzeit gebe es ein „Ist“ von 252 Mitarbeiteräquivalenten. Gemäß dem neuen Personalstellenplan, der durch die vormalige Hauptgeschäftsführerin erstellt worden sei, sollen in Zukunft 269 Mitarbeiteräquivalente in der Handelskammer Hamburg tätig sein. Ziel dieses neuen Plans sei zum einen die Bereinigung des alten Stellenplans aus dem Jahr 2015 durch Streichung von bereits seit längerem vakanten Stellen und zum anderen die Versetzung einzelner Mitarbeiter, um angesichts zufällig entstandener Vakanzen einen Ausgleich zwischen den Geschäftsbereichen und Abteilungen zu schaffen und um die Aufgaben vernünftig erledigen zu können. Gespräche hätten bislang zwischen ehemaliger Hauptgeschäftsführerin und Bereichsleitern über die jeweils zukünftige Personalsituation in den einzelnen Geschäftsbereichen sowie im Rahmen der Regelungen des Hamburgischen Personalvertretungsgesetzes zwischen der Geschäftsleitung und dem Personalrat stattgefunden. Über den genannten Kreis hinaus sei die Planung seitens der Geschäftsleitung nicht verschickt worden. Es entziehe sich der Kenntnis der Hauptgeschäftsführung, ob und wenn ja, wie, weitere Personen an Informationen zur Personalplanung gelangt seien. Durch die Presseberichterstattung zur Personalplanung sei seitens Vertreter unseres Ehrenamtes der Wunsch nach Information artikuliert worden. Diesem Wunsch werde man gerne folgen. Es seien dazu fol-

gende Schritte eingeleitet worden: zunächst seien die Gespräche zwischen Geschäftsleitung und Personalrat zwischenzeitlich unterbrochen worden, um eine Befassung des Ehrenamtes sicherzustellen. Die Hauptgeschäftsführung werde den Innenausschuss in seiner Sitzung am 19. August mit dem Thema befassen und die Planungen in einer aggregierten Form, die den datenschutzrechtlichen Erfordernissen gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gerecht werde, dort vorstellen. Dabei werde es konkret um folgende Fragen gehen:

1. Soll die Personalplanung zum jetzigen Zeitpunkt umgesetzt werden und damit eine Bereinigung des Stellenplans aus dem Jahre 2015 erfolgen?
2. Soll ein neuer Personalstellenplan aktuell nicht umgesetzt werden, sondern erneute Überlegungen erst im kommenden Jahr erarbeitet werden – möglichst in Kombination mit der Erarbeitung von inhaltlichen Leitplanken zur Kammerarbeit und Aufgabenkritik – durch ein dann neu gewähltes Plenum?

Herr Grams erklärt, dass im letzten Fall weiterhin mit dem Stellenplan aus dem Jahr 2015 gearbeitet würde und innerhalb dieses Rahmens – wie bisher auch schon – einzelne notwendige personelle Maßnahmen umgesetzt würden. Gleichzeitig werde bis zu einer anderslautenden Entscheidung des Plenums die in der aktuellen Planung ausgewiesene Zahl von 269 Mitarbeiteräquivalente nicht überschritten werden, um die im Plenarbeschluss verabschiedete Vorgabe, bis zum Jahr 2023 mit Mitgliedsbeiträgen in Höhe von 35 Mio. € zu kalkulieren, einzuhalten.

TOP 4c: Aktuelles aus der Mitte des Plenums

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es keine Wortmeldungen.

TOP 4d: Berichte aus den Ausschüssen

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es keine Wortmeldungen.

TOP 5: Bericht zur Einführung des Azubi-Ausweises

Herr Vizepräsident Mücke stellt dem Plenum den neuen Azubi-Ausweis vor. Dieser werde ab September dieses Jahres an alle ca. 22.000 Auszubildenden der Handelskammer Hamburg verschickt werden. Unsere Handelskammer sei derzeit die einzige Kammer im Norden, die einen entsprechenden Ausweis ausbebe, der vor allem die Wertschätzung der Auszubildenden zum Ziel habe. Herr Vizepräsident Mücke erläutert anschließend die Vorteile des Ausweises, wie beispielsweise Vergünstigungen. Eine etwaige Online- bzw. Digitalanbindung an die Datensysteme der Kammer sei mittels eines QR-Codes ebenfalls geplant. Er appelliert an die Hamburger Unternehmen, beispielsweise Kinos oder Museen, für Auszubildende besondere Tarife zu schaffen. Er verweist auf die Internetseite www.azubicard.de/hamburg/. Hier könnten die teilnehmenden Unternehmen ihre Angebote online veröffentlichen. Die teilnehmenden Betriebe müsse dabei allerdings ausdrücklich kennzeichnen, dass es sich auch um Angebote für *Auszubildende* handele. Ein Hinweis lediglich auf Schüler und Studenten sei nicht ausreichend.

Frau Beckmann fragt, ob es auch für Auszubildende der Handwerkskammer Möglichkeiten gebe, eine Azubi-Karte zu erhalten. Herr Vizepräsident Mücke erklärt, dass diesbezüglich eine

Kontaktanbahnung zwischen der Handelskammer und der Handwerksammer sowie weiteren Kammern stattfinden und dass das Präsidium sich sehr freuen würde, wenn auch andere Kammern einen Azubi-Ausweis einführen würden. Man stünde bereits in einem sehr guten Austausch.

Herr Grams teilt ergänzend mit, dass sein Geschäftsbereich und insbesondere die Kollegen aus der Aus- und Weiterbildungsberatung für Rückfragen anderer Kammern gern zur Verfügung stünden.

TOP 6: Gremienangelegenheiten

a) Ersatzwahl der Vorsitzenden des Ausschusses für Digitale Wirtschaft und des Ausschusses für Steuer- und Finanzpolitik

Herr Vizepräsident Mücke teilt den Mitgliedern des Plenums mit, dass für den Vorsitz des Ausschusses für Digitale Wirtschaft Frau Anke Nehrenberg zur Wahl stehen würde.

Frau Nehrenberg stellt sich vor.

Das Plenum wählt Frau Anke Nehrenberg mit 34 Ja-Stimmen, keiner Gegenstimme und keiner Enthaltung zur Vorsitzenden des Ausschusses für Digitale Wirtschaft.

Herr Vizepräsident Mücke teilt den Mitgliedern des Plenums mit, dass für den Vorsitz des Ausschusses für Steuer- und Finanzpolitik Herr Hans Krebühl zur Wahl stehen würde. Herr Krebühl könne heute leider nicht anwesend sein. Informationen zu seiner Person könnten den Plenarunterlagen entnommen werden.

Das Plenum wählt Herrn Hans Krebühl mit 26 Ja-Stimmen, keiner Gegenstimme und 7 Enthaltungen zum Vorsitzenden des Ausschusses für Steuer- und Finanzpolitik.

b) Nachbesetzung der Ausschüsse

Herr Vizepräsident Mücke erläutert, dass die Satzung ausdrücklich die Möglichkeit vorsehe, die Ausschüsse während der Wahlperiode nachzubesetzen. Das Präsidium habe auf Basis der Vorschläge der Ausschussvorsitzenden Wahlvorschläge zur Ergänzung diverser Ausschüsse zusammengestellt. Diese Wahlvorschläge seien den Plenarmitgliedern vorab als Anlage 4 zu TOP 6b zugegangen. Es werde en bloc über alle Wahlvorschläge abgestimmt.

Herr Räber äußert seinen Unmut darüber, dass in der Anlage 4 zu TOP 6 beim Ausschuss für Dienstleistungswirtschaft Herr Dr. Kaschuba auftauche.

Herr Holstein bittet für die nächste Plenarsitzung um einen Zwischenstand der Anwesenheitsquote der Mitglieder des Plenums. Es sei besprochen worden, dass es bei 50% Abwesenheit keine Renominierung gebe. [Anm. des Protokollanten: Diese Regelung greift nur für Ausschussmitglieder, nicht etwa für Mitglieder des Plenums] Herr Vizepräsident Mücke teilt hierzu mit, dass zunächst geprüft werden müsse, ob diese Daten veröffentlicht werden dürfen.

Das Plenum nimmt die Wahlvorschläge en bloc mit 24 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme und 8 Enthaltungen an.

c) Ersatzwahlen für die ehrenamtlichen Bezirksbeauftragten Hamburg-Nord und Wandsbek

Herr Vizepräsident Mücke beginnt mit der Ersatzwahl für den Bezirk Hamburg-Nord und teilt den Mitgliedern des Plenums mit, dass Frau Diana Rickwardt für dieses Amt zur Wahl stünde.

Das Plenum wählt Frau Diana Rickwardt mit 25 Ja-Stimmen, 8 Gegenstimmen und keiner Enthaltung zur ehrenamtlichen Bezirksbeauftragten für Hamburg-Nord.

Es folgt die Ersatzwahl für den Bezirk Wandsbek. Herr Vizepräsident Mücke teilt mit, dass für dieses Amt Herr Andreas Bartmann zur Wahl stünde.

Das Plenum wählt Herrn Andreas Bartmann mit 20 Ja-Stimmen, 6 Gegenstimmen und 7 Enthaltungen zum ehrenamtlichen Bezirksbeauftragten für Wandsbek.

TOP 7: Beschlüsse über die Anträge von Herrn Holstein

Herr Holstein teilt zunächst mit, dass er den Antrag „Service mit Augenmaß“ zurückziehen werde. Er habe keinen Wettbewerb unserer Serviceleistungen gegenüber Mitgliedsunternehmen feststellen können. Zudem hätte eine kosten- und arbeitsintensive externe Evaluation durchgeführt werden müssen. Dies würde er der Handelskammer Hamburg zum jetzigen Zeitpunkt nicht zumuten wollen. Weiter teilt Herr Holstein mit, dass er die beiden anderen Anträge aus Zeitgründen auf die September-Plenarsitzung verschieben werde.

TOP 8: Beschluss über das Positionspapier – Herausforderungen der Digitalisierung

Herr Vizepräsident Mücke übergibt das Wort an Frau Nehrenberg und Herrn Dr. Süß.

Frau Nehrenberg und Herr Dr. Süß stellen das Positionspapier zum Thema Herausforderungen der Digitalisierung anhand der als **Anlage 4** beigefügten Präsentation vor.

Frau Nissen-Schmidt merkt an, dass es aufgrund der kurzfristigen Zusendung nicht möglich gewesen sei, das gesamte Papier noch vor dieser Sitzung durchzulesen. Sie stellt die Frage, was generell neu sei und welches die drei „Highlights“ des Papiers seien. Es sei schwierig, eine Gewichtung zu erkennen. Frau Nehrenberg erklärt, dass insbesondere die Stakeholder-Beteiligung, die Verzahnung von Wissenschaft und Wirtschaft, neu sei. Dieser Kern der Digitalisierung könne beispielsweise in Form von Events gefördert werden. Ein weiterer Punkt sei der Zusammenhang zwischen Fachkräfte- und Standortfaktoren. Wir bräuchten Events und große Locations hier in Hamburg. Es ginge dabei um Konferenzen, die in Richtung Digitalisierung gingen. Herr Dr. Süß ergänzt, es sei wichtig, dass der Staat mit gutem Beispiel vorangehe. Es müsse eine Signalfunktion von der Politik kommen. Viele Staaten seien schon weiter voraus. Frau Arova fragt, ob das Thema 5G völlig unkritisch gesehen werde oder ob dahingehend auch diskutiert werde. Es würde teilweise vor gesundheitlichen

Schäden gewarnt werden. Frau Nehrenberg erklärt, dass der Punkt zwar diskutiert, aber die Kritik nicht in den Vordergrund gestellt worden sei.

Das Plenum beschließt das Positionspapier zu den Herausforderungen der Digitalisierung entsprechend der Beschlussvorlage mit 23 Ja-Stimmen, keiner Gegenstimme und 6 Enthaltungen.

TOP 9: Beschluss über die Positionierung zur ePrivacy-Verordnung

Herr Vizepräsident Mücke übergibt das Wort an Frau Rickwardt und Herrn Kratel.

Frau Rickwardt erläutert einleitend, dass es sich bei der ePrivacy-Verordnung um eine sehr komplexe Materie handle. Die Projektgruppe sei insbesondere vor dem Hintergrund der Erfahrungen von Mitgliedsunternehmen mit der DSGVO gegründet worden. Es werde versucht, durch das Projekt eine Gesamtinteressenvertretung für die Mitgliedsunternehmen einzurichten.

Herr Kratel stellt die Ergebnisse der Projektgruppe zum Thema ePrivacy anhand der als **Anlage 5** beigefügten Präsentation vor.

Herr Dr. Teichert spricht sich gegen die Positionierung aus. Er sehe ein großes Problem mit der Digitalwirtschaft, weil eine riesige Industrie auf der Basis kostenloser Daten aufgebaut werde. Dies sei sehr ungewöhnlich für ökonomische Prozesse. Eine Ökonomie, in der der wichtigste Rohstoff kostenlos sei, könne nicht funktionieren. Dies sei der Grund für die exorbitanten Gewinne, die Digitalunternehmen zurzeit verzeichnen würden. Es sei ökonomisch und politisch notwendig, dass Daten etwas kosten.

Das Plenum beschließt die Positionierung zur ePrivacy-Verordnung entsprechend der Beschlussvorlage mit 20 Ja-Stimmen, 2 Gegenstimmen und 11 Enthaltungen.

TOP 12: Beschlüsse über Anträge

Dieser Tagesordnungspunkt wird aus Zeitgründen nicht behandelt und auf die kommende Plenarsitzung verschoben.

TOP 13: Verschiedenes

Herr Perleberg teilt mit, dass den Plenarmitgliedern vor langer Zeit zugesichert worden sei, dass Anwesenheitsquoten genannt würden. Insbesondere sei in letzter Zeit festzustellen, dass die Mitglieder des Präsidiums nicht immer vollzählig an den Plenarsitzungen teilnehmen würden. Er wäre daher dankbar dafür, wenn die Anwesenheitsquoten der Plenarmitglieder dem Plenum zur Verfügung gestellt würden. Herr Vizepräsident Mücke erklärt daraufhin, dass dies – wie bereits Herr Holstein mitgeteilt – geprüft werde und die Quoten ggf. dann nachgereicht werden.

Herr Vizepräsident Mücke schließt die Sitzung um 18:11 Uhr und lädt zum anschließenden Grillen auf der Merkur-Terrasse ein.

gez. Armin Grams
Stellv. Hauptgeschäftsführer